

Auswirkungen eines Wegfalls der bilateralen Verträge auf das Rheintal

Alessandro Sgro

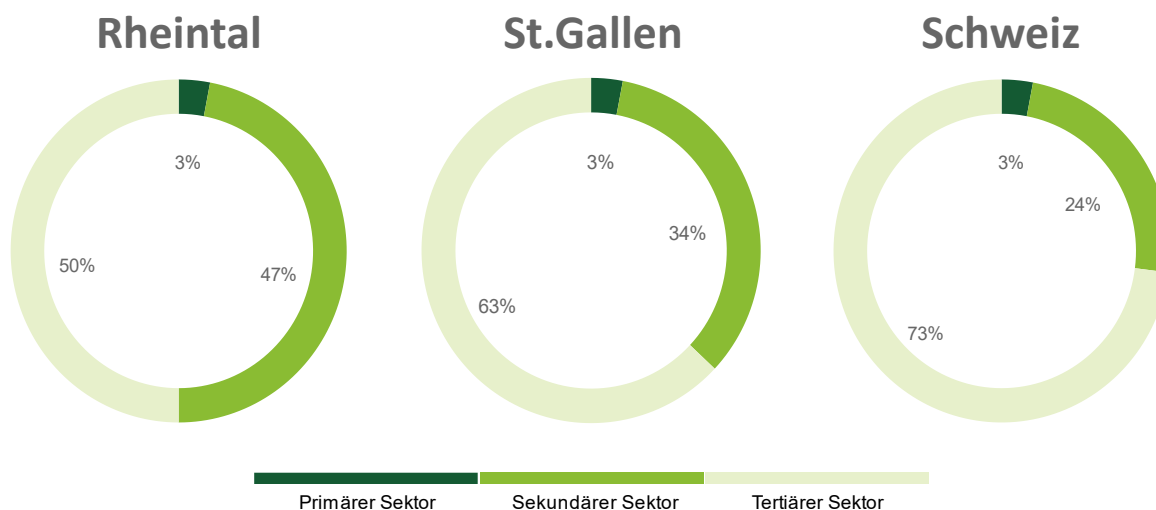


Das St.Galler Rheintal bildet mit Vorarlberg und Liechtenstein einen gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum. Dieser ist geprägt von Offenheit über die Landesgrenzen hinweg – man profitiert gegenseitig voneinander. Die Kündigungsinitiative der SVP (Abstimmung am 27. September 2020) gefährdet die bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union und damit auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rheintal. Ein Wegfall dieser Verträge würde die stark exportorientierte Region teuer zu stehen kommen. Das zeigt eine Studie von BAK-Economics im Auftrag der Industrie- und Handelskammer St.Gallen-Appenzell.

Rheintal als Industrie-Hotspot

Das Rheintal als der östlichste Wahlkreis des Kantons St.Gallen ist traditionell von einem stark exportorientierten industriellen Sektor geprägt. Von den rund 33'000 Arbeitsplätzen, welche die Rheintaler Wirtschaft bietet, sind über 15'500 im sekundären Sektor angesiedelt (in Vollzeitäquivalenten). Gemessen an der Beschäftigung resultiert damit einer der höchsten Industrieanteile – sowohl im kantonalen als auch im schweizweiten Vergleich.

Abb. 1: Vergleich der Beschäftigung nach Wirtschaftssektoren



Der hohe industrielle Anteil ist historisch bedingt: In der Ostschweiz basierte die Textilindustrie zunächst weitgehend auf Heimarbeit. So erwirtschafteten viele Rheintaler Familien im 18. und 19. Jahrhundert ihr Erwerbseinkommen zumindest teilweise in der Heimarbeit. Bereits in der Zwischenkriegszeit löste jedoch die Metall- und Maschinenbauindustrie die Stickereiindustrie als wichtigsten Arbeitgeber der Region ab. Von der Stickereiblüte ist heutzutage wenig sichtbar. Geblieben sind die Kleinunternehmermentalität und der Fleiss, die sich in den vielen innovativen KMU widerspiegeln.

Förderlich für den hohen Industrialisierungsgrad während der letzten Jahrzehnte war auch die geografische Lage, welche die Verkehrsanbindung an das übrige Europa sicherstellt und einen guten Zugang zu Fachkräften aus dem grenznahen Ausland ermöglicht. Täglich pendeln über 10'000 Personen aus beruflichen Gründen ins Rheintal. Darunter sind die rund 4'500 Grenzgänger, die ihren Arbeitsweg überwiegend aus Österreich antreten.

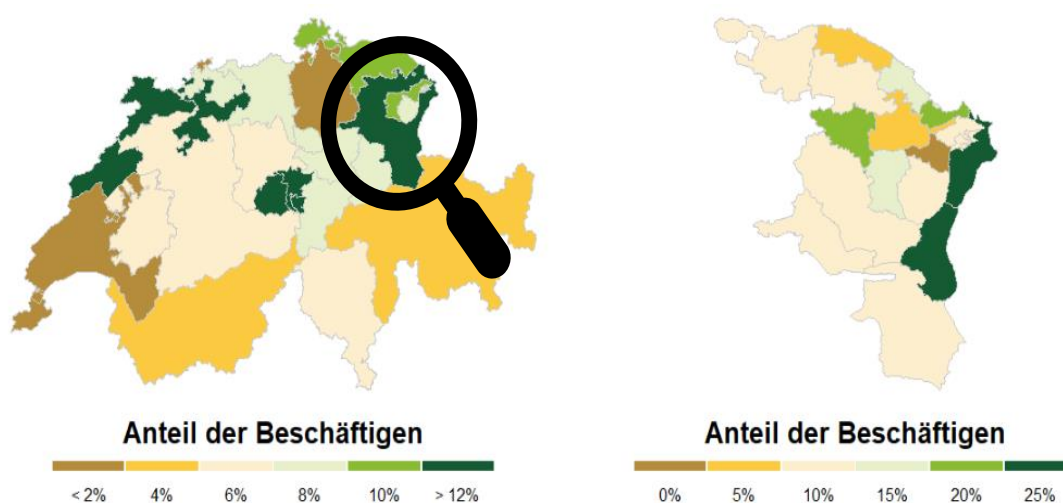
Neben dem Arbeitsmarkt ist die regionale Wirtschaft durch verschiedene Zuliefer- und Logistikketten grenzüberschreitend eng verknüpft. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rheintal endet jedoch nicht an den Bergketten, die das Rheintal säumen. Zahlreiche Grossunternehmen wie SFS, Leica Geosystems, Coltene oder Zünd Systemtechnik, aber auch viele KMU spielen in ihren jeweiligen Bereichen global in der obersten Liga.

Ein weiterer Grund für den verhältnismässig hohen Industrieanteil liegt in der hohen Innovationskraft des Rheintals. Basis und fester Bestandteil dafür ist eine ausgeprägte angewandte Forschung und Entwicklung sowie die gelebte Nähe zu den Hochschulen in der Ostschweiz und im angrenzenden Ausland.

MEM und damit Rheintal wären überdurchschnittlich von Wegfall der Bilateralen betroffen

Die oben genannten Faktoren machen das St.Galler Rheintal zu einem attraktiven Standort für die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (kurz MEM-Industrie). Die MEM-Industrie gehört zu den traditionsreichsten und wichtigsten Branchen der Schweiz. Einen wesentlichen Teil der Erzeugnisse der MEM-Industrie stellen die Investitionsgüter dar – Güter, die für die Produktion von anderen Gütern notwendig sind.

Abb. 2: Beschäftigungsdichte in der MEM-Industrie



Selektion der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM-Industrie) basierend auf NOGA 2008, Branchen 24 - 30. Beschäftigte gemessen in Vollzeitäquivalenten.

Quelle: Fachstelle für Statistik Kanton St.Gallen, IHK-Research

Mit Blick auf die nationale Verteilung fällt auf, dass die MEM-Industrie besonders in der Ostschweiz und im nördlichen Espace Mittelland stark verankert ist. Dabei ist die hiesige MEM-Industrie primär in den Regionen Rheintal und Werdenberg präsent. Aktuell beträgt der Anteil der MEM-Branche an den Schweizer Exporten rund ein Fünftel; 56% dieser Exporte werden in die EU exportiert.

Umso wichtiger für viele Rheintaler Unternehmen ist deshalb ein möglichst hindernisfreier Zugang zum EU-Binnenmarkt. Ein solcher wird durch das Vertragswerk der Bilateralen I weitgehend ermöglicht. Im Umkehrschluss bedeutet dies aber auch: Ein Wegfall der bilateralen Verträge würde gerade die MEM-Industrie und damit das Rheintal besonders treffen.

Ins Gewicht fiel einerseits der Wegfall des Abkommens über die technischen Handelshemmnisse. Früher gab es sowohl in der Schweiz wie auch in jedem EU-Land eigene Regeln zur Herstellung, Beschaffenheit und Verpackung von Produkten. Das Abkommen über den Abbau technischer Handelshemmnisse hat diese Bestimmungen vereinheitlicht. Eine Abkehr von diesem koordinierten Weg würde letztlich die Produktion verteuern und so die Wettbewerbsfähigkeit schwächen.

Weiter ist die MEM-Branche ausgesprochen forschungsintensiv. Ein Verlust an Forschungseffizienz würde sich hier ebenfalls überdurchschnittlich stark niederschlagen. Somit hätte ein Wegfall der bilateralen Abkommen auch deutliche Auswirkungen auf die Innovationskraft der Region: Denn für Forschungsinstitutionen aber auch für das St.Galler Rheintal mit seinen zahlreichen innovativen Unternehmen sind der Zugang zum vernetzten EU-Forschungsrahmenprogramm und damit das Abkommen eminent wichtig.

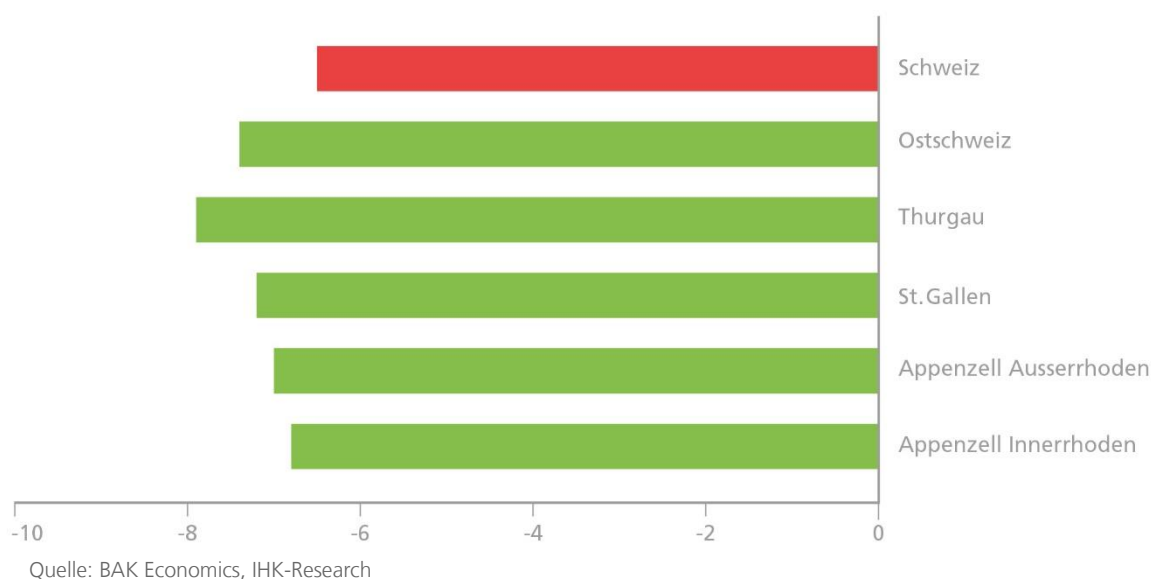
Ein Wegfall der bilateralen Verträge würde zudem den Zugang zu qualifizierten Fachkräften erschweren und dadurch die wirtschaftliche Entwicklung der ansässigen Unternehmen behindern. Gerade für den Innovations- und Technologiestandort Rheintal, der auf die besten Köpfe und Ideen angewiesen ist, wäre dies gravierend. Die Folge wären eine erhebliche Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität dieser Region.

Ein Wegfall würde teuer zu stehen kommen

Ein Wegfall der bilateralen Verträge würde den Kanton St.Gallen aber auch das Rheintal aus den oben genannten Gründen teuer zu stehen kommen. Eine Studie von BAK Economics im Auftrag der beiden Industrie- und Handelskammern St.Gallen-Appenzell und Thurgau schätzte die wirtschaftlichen Auswirkungen für die Schweiz kürzlich auf ein um 6.5% tieferes BIP gegenüber dem Szenario mit Fortbestand der Bilateralen. Die Kernregion Ostschweiz und insbesondere der Kanton St.Gallen (-7.2%) würde ein Wegfall der bilateralen Verträge noch stärker treffen. Dies im Falle, dass auf der politischen Bühne zwischen Bern und Brüssel keine andere Lösung erarbeitet werden könnte. Es wäre insgesamt kein einmaliger exogener Schock, sondern eine langfristige Schwächung des Wachstumspotenzials. Massgeblicher Grund dieser im schweizweiten Vergleich überdurchschnittlichen Wohlstandseinbusse ist die spezielle Branchenstruktur des Kantons. Aufgrund der noch stärker ausgeprägten Branchenstruktur und der starken wirtschaftlichen Vernetzung des Rheintals dürfte die Region noch empfindlicher auf einen Wegfall der bilateralen Verträge reagieren und von einem überdurchschnittlichen Verlust in der Wertschöpfung betroffen sein.

Veränderung der Wertschöpfung 2040 (nach Regionen)

Bruttowertschöpfung (real, 2040), Niveaudifferenz in % zwischen Referenzszenario und Szenario ohne Bilaterale I



Die Abstimmung über die Kündigungsinitiative vom 27. September 2020 ist somit – aufgrund des Mechanismus der Bilateralen I – keine reine Abstimmung über die Personenzugängigkeit. Sie ist aber auch keine reine Exportfrage: Das Ergebnis der Abstimmung beeinflusst langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Wirtschaft und somit unseren Wachstumspfad. Folglich entscheidet die Abstimmung über unseren zukünftigen Wohlstand. Letztlich würde sich ein Wegfall der bilateralen Verträge auch negativ auf den Konsum auswirken, was die Nachfrage im Binnenmarkt senken würde und in der Folge wiederum negative Effekte auf den Arbeitsmarkt und auf die Löhne hätte.

Die **«Bilateralen Abkommen»** oder **«Bilateralen I & II»** stellen zwei grundlegende Vertragspakete zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) dar, die 1999 resp. 2004 unterzeichnet wurden. Die beiden Vertragspakete regeln weitestgehend die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. **Die Bilateralen I** regeln unter anderem die Personenfreizügigkeit, den Abbau technischer Handelshemmnisse (MRA), Forschung und Luftverkehr. Rechtlich sind sie mit einer sogenannten Guillotine-Klausel verknüpft: Wenn ein einzelner Vertrag gekündigt wird, wie dies von der Begrenzungsinitiative der SVP implizit gefordert wird, werden auch die übrigen Verträge ausser Kraft gesetzt.



Gallusstrasse 16
9000 St.Gallen
071 224 10 15
alessandro.sgro@ihk.ch

www.ihk.ch



Alessandro Sgro
ist Chefökonom bei der
IHK St.Gallen-Appenzell.